

PERSONALRATSWAHL 2026

Ein Rückblick auf die Personalratswahl 2026 – Rückwind für uns!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Personalratswahl 2026 liegt hinter uns – und ich möchte das Ergebnis klar einordnen: Die GdP Hamburg hat erneut vier Sitze errungen und dabei einen Stimmzuwachs von 5 % erzielt. Das ist ein gutes Signal. Ein Signal für Vertrauen, für Rückhalt – und gleichzeitig auch ein klarer Auftrag.

Lars Osburg

Landesvorsitzender GdP Hamburg

Dieses Ergebnis freut uns, aber es macht uns auch demütig. Denn wir wissen: Es ist nicht nur eine Bestätigung unserer Arbeit, sondern auch ein Ausdruck der Erwartungen, die viele von euch mit uns verbinden. Erwartungen an eine starke Interessenvertretung, an klare Haltung – und an konkrete Verbesserungen im Arbeitsalltag.

Zusammenarbeit im Personalrat: gemeinsames Ziel, unterschiedliche Wege

Im neuen Personalrat wird es entscheidend darauf ankommen, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Die Herausforderungen sind bekannt: Personalmangel, Arbeitsverdichtung, Belastung in allen Bereichen, Fragen der Ausstattung und der Fürsorge. Diese Themen lassen sich nur im Miteinander lösen.

Wir als GdP stehen für:

- sachorientierte Zusammenarbeit,
- klare Positionen und
- Verlässlichkeit in Verhandlungen.

Dabei ist für uns klar: Zusammenarbeit bedeutet nicht Beliebigkeit. Unterschied-

liche Auffassungen gehören dazu – und sind sogar notwendig, um gute Lösungen zu entwickeln. Entscheidend ist, dass wir im Interesse der Beschäftigten handeln – transparent, respektvoll und zielgerichtet.

Kritisch und konstruktiv: unser Anspruch

Wir werden auch in Zukunft kritisch bleiben, wo es notwendig ist:

- wenn Entscheidungen zulasten der Kolleginnen und Kollegen gehen,
- wenn Themen verschleppt oder nicht mit der nötigen Priorität behandelt werden oder
- wenn Transparenz und Beteiligung zu kurz kommen.

Gleichzeitig verstehen wir Kritik immer als Teil eines konstruktiven Prozesses. Unser Anspruch ist es, nicht nur Probleme zu benennen, sondern auch Lösungen einzubringen. Dazu gehört:

- klare Prioritätensetzung,
- belastbare Vorschläge und
- die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Unser Auftrag: mehr erreichen für alle Beschäftigten

Mit vier Sitzen sind wir eine wichtige, aber keine allein bestimmende Kraft im Personalrat.

Das bedeutet:

- Wir müssen Mehrheiten organisieren,
- wir müssen überzeugen und
- wir müssen Brücken bauen, ohne unsere Grundsätze aufzugeben.

Genau darin sehen wir unsere Stärke. Der Stimmzuwachs zeigt: Viele Kolleginnen und Kollegen trauen uns zu, diesen Weg zu gehen. Dieses Vertrauen werden wir rechtfertigen – mit Engagement, Klarheit und Konsequenz.

Fazit

Die Personalratswahl 2026 ist für die GdP Hamburg ein gutes Ergebnis mit klarer Perspektive. Wir gehen mit Rückenwind in die neue Amtszeit – aber auch mit dem Bewusstsein, dass noch viel zu tun ist. Unser Ziel bleibt unverändert: bessere Arbeitsbedingungen, mehr Wertschätzung und eine starke Stimme für alle Beschäftigten der Polizei Hamburg. ■



BESOLDUNG UND VERSORGUNG

Andere Länder zahlen. Hamburg schweigt.

NRW, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern handeln – Hamburg bleibt stehen.

- NRW zahlt die Besoldungserhöhung mit den Juli-Bezügen rückwirkend ab April aus.
- Schleswig-Holstein hat klare Stufenpläne und dynamisierte Zulagen veröffentlicht.
- Mecklenburg-Vorpommern hat bereits Anfang Juni ausgezahlt – als erstes Bundesland.

Was ist denn jetzt der aktuelle Stand?

Während andere Länder längst handeln, hat Hamburg noch nicht einmal eine Ankündigung zur Auszahlung gemacht. Die Kolleginnen und Kollegen warten weiter – ohne jede Perspektive. Lars Osburg macht deutlich: „Wenn NRW, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern längst auszahlen, kann Hamburg als Geberland nicht weiter abtauchen. Wer im Finanzausgleich Millionen gibt, muss für die eigenen Beschäftigten endlich liefern. Hamburg hat weder ein Gesetz noch einen Zeitplan. Das ist den Kolleginnen und Kollegen nicht mehr vermittelbar.“

Hamburg: Kein Gesetz. Keine Auszahlung. Kein Zeitplan.

Verfassungsrechtliche Pflichten bleiben unerfüllt.

Andere Länder arbeiten bereits an der amts angemessenen Alimentation. Hamburg nicht. „Hamburg hat bis heute nicht einmal die amts angemessene Alimentation verfassungskonform geregelt. Andere Länder handeln, Hamburg diskutiert“, so Osburg.

Unsere Forderungen an den Senat:

- Sofortiges Besoldungsanpassungsgesetz
- Rückwirkende Auszahlung
- Transparenter Zeitplan
- Verfassungskonforme Alimentation

„Wir erwarten, dass der Senat noch im Juni liefert. Die Beschäftigten dürfen nicht länger warten.“ ■

Foto: Marius Riber



Lars Osburg, Landesvorsitzender GdP Hamburg



Kunden werben Kunden

Empfehle uns weiter &
verdiene **20 €!***



Aktion gültig
bis 31.07.2026

Du bist zufrieden mit dem Service der
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH?



Empfehle uns
an Freunde,
Kollegen oder
Familie in Hamburg.



Sie erhalten eine
**unverbindliche
Beratung.**



Für jeden
Neukunden über
deine Empfehlung
schenken wir dir
20 € Bonus.*



ÜBER UNS

Als Partner der Gewerkschaft der Polizei Hamburg stehen wir für kompetente Beratung und maßgeschneiderten Schutz – direkt hier in Hamburg.

Persönlich. Nah. Verlässlich.

SO ERREICHST DU UNS

- ☎ 040 – 280896 – 22/23
- ✉ psw-reisen-hamburg@gdp.de
- 📍 Otto-Wels-Straße 49
22297 Hamburg
(im Stadtparkurm gleich neben
der U-Bahn-Station Alsterdorf)

TELEFONISCHE ERREICHBARKEIT

Montag bis Freitag
09:30 – 13:30 Uhr

Alternativ gerne per E-Mail.

Samstag und Sonntag
geschlossen

PSW Reisen Hamburg – Sicherer Schutz. Persönlich für Hamburg.

*Auszahlung mit deiner nächsten Reise!



INFORMATIONSVORANSTALTUNG

Rückblick auf das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ der GdP Hamburg

Die Veranstaltung der GdP Hamburg zur Vorbereitung auf den Ruhestand erwies sich als äußerst informativ, praxisnah und gut strukturiert. Für mich als Teilnehmer und in Teilen Moderator bot das Seminar eine wertvolle Gelegenheit, zentrale Fragen rund um den Übergang in die nachberufliche Phase zu klären und sich frühzeitig mit wichtigen organisatorischen und finanziellen Aspekten auseinanderzusetzen.

Jörn Clasen

Besonders wichtig: Was ist mit meiner Gesundheit?

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf dem Themenkomplex Beihilfe und private Krankenversicherung. Die Referenten erläuterten

anschaulich, wie sich die Beihilfe im Ruhestand gestaltet und welche Auswirkungen sich daraus für die private Absicherung ergeben. Vor allem die Unterschiede zwischen aktiver Dienstzeit und Ruhestand wurden klar herausgearbeitet. Auch typische Fallstricke – etwa bei Tarifwechseln oder im

Hinblick auf steigende Beiträge im Alter – wurden praxisnah dargestellt. Die Möglichkeit, individuelle Fragen zu stellen, wurde von vielen Teilnehmern intensiv genutzt und trug wesentlich zum Verständnis bei.

Und wenn es zu langweilig wird?

Ebenso aufschlussreich war der Themenblock Zuverdienst und Versorgung. Hier wurde transparent dargelegt, welche Einkommensmöglichkeiten im Ruhestand bestehen und wie diese auf die Versorgung angerechnet werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden verständlich erklärt, sodass deutlich wurde, wo Spielräume bestehen und wo Grenzen gesetzt sind. Besonders hilfreich war die Darstellung konkreter Beispiele, die die Auswirkungen von Zuverdienst auf die Pension nachvollziehbar machten.

Alle Fragen wurden beantwortet

Neben den fachlichen Inhalten überzeugte die Veranstaltung auch durch ihre praxisorientierte Aufbereitung. Die Referenten konnten komplexe Sachverhalte verständlich erklären und gingen gezielt auf die Bedürfnisse der Teilnehmer ein. Darüber hinaus bot das Seminar Raum für den Austausch unter Kolleginnen und Kollegen, was den Blick für unterschiedliche Perspektiven und individuelle Lebenssituationen schärfte.

Insgesamt hinterlässt das Seminar einen sehr positiven Eindruck. Es trägt dazu bei, Unsicherheiten abzubauen, und gibt wichtige Impulse für die persönliche Planung des Ruhestands. Die GdP Hamburg hat mit dieser Veranstaltung einmal mehr unter Beweis gestellt, wie wichtig ihr die umfassende Begleitung ihrer Mitglieder – auch über das aktive Berufsleben hinaus – ist.

Mein Fazit: eine rundum gelungene und empfehlenswerte Veranstaltung, die wertvolle Orientierung auf dem Weg in den Ruhestand bietet. Ein großer Dank an Rolf und Carsten, die wirklich kompetent und mit großer Freude durch das Thema geführt haben. ■



AUS DEM BEREICH DER JUSTIZ

Gewalt in Hahnöfersand ist Warnsignal – Hamburger Justizvollzug am Limit

Der jüngste Vorfall in der Jugendvollzugsanstalt Hahnöfersand, bei dem mehrere Bedienstete verletzt wurden, zeigt erneut mit aller Deutlichkeit, unter welchem Druck die Kolleginnen und Kollegen im Hamburger Justizvollzug täglich arbeiten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) spricht den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ihre volle Solidarität aus und wünscht eine schnelle und vollständige Genesung. Gleichzeitig darf dieser Vorfall nicht als bloßer Einzelfall betrachtet werden. Vielmehr ist er Ausdruck einer zunehmenden Überlastung im Hamburger Justizvollzug.

GdP Hamburg

Der Hamburger Justizvollzug blutet personell immer weiter aus. Die Gewerkschaft der Polizei warnt seit Langem davor, dass unbesetzte Stellen, steigende Arbeitsbelastungen und fehlender Nachwuchs zwangsläufig zu gefährlichen Situationen führen. Die Realität in den Anstalten ist geprägt von:

- akutem Personalmangel und permanenten Überstunden,
- psychischer Dauerbelastung für die Bediensteten,
- einem spürbaren Anstieg von Inhaftierten mit psychischen Auffälligkeiten, Suchterkrankungen und komplexen Mehrfachproblematiken sowie
- fehlender Wertschätzung und verfassungswidriger Besoldung.

Personeller Kahlschlag gefährdet die Sicherheit

Wer ständig mehr Leistung fordert, muss auch für Schutz, Wertschätzung und angemessene Arbeitsbedingungen sorgen. Stattdessen erleben die Beschäftigten Sparmaß-

nahmen, fehlende Perspektiven und eine Besoldung, deren mangelnde Amtsangemessenheit bereits durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts festgestellt wurde.

Dennoch hat die Freie und Hansestadt Hamburg diese Rechtsprechung bis heute nicht konsequent auf ihre Beamtinnen und Beamten übertragen. Viele Kolleginnen und Kollegen sehen sich daher seit Jahren gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, um eine verfassungsgemäße Alimentierung überhaupt durchzusetzen. Unter diesen Voraussetzungen wird die Attraktivität des Berufs nicht gestärkt, sondern zunehmend beschädigt.

Der Arbeitgeber Hamburg erwartet immer mehr Einsatz, Verantwortung und Belastbarkeit von seinen Beschäftigten – bietet seinem eigenen Personal jedoch immer weniger Schutz und Unterstützung. Unsere Forderungen: Rückendeckung statt Sparrotstift.

Die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug leisten täglich einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung und damit zur Stabilität unserer Gesellschaft. Sie arbeiten mit Menschen in schwierigen Lebenssitua-

tionen, sorgen für Struktur, Betreuung und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Maßnahmen.

Dafür brauchen sie endlich:

- politische Rückendeckung und spürbare Entlastung,
- ausreichend Personal sowie moderne Sicherheits- und Betreuungskonzepte,
- eine faire und verfassungsgemäße Bezahlung.

Sicherheit im Justizvollzug gibt es nicht zum Sparpreis! ■



Information für Mitglieder der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

The logo for the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It features the letters 'DGB' in white on a red background, with a green and blue wavy banner below it.

Mehr als 4.500 Unterschriften für eine faire und verlässliche Besoldung und Versorgung

Am 3. Juni 2026 hat der DGB mehr als 4.500 Unterschriften für die Petition „Besoldung und Versorgung in Hamburg fair und verlässlich gestalten“ an den Eingabeausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft übergeben.

Mit der Petition fordern die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner die Hamburgische Bürgerschaft auf, in der aktuellen 23. Legislaturperiode

- die Tarifabschlüsse für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der FHH zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung zu übertragen,
- die Angleichungszulage über das Jahr 2025 hinaus zu entfristen und in die Besoldungstabelle einzubauen,
- die im Rahmen der Kürzung der Sonderzahlung eingeführten Abzüge von den ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen in § 5 Abs. 1 des Hamburgischen Beamtenversorgungsgesetzes (HmbBeamtVG) ersatzlos zu streichen und
- den Senat zu ersuchen, zu den vorstehenden Punkten Gesetzesentwürfe vorzulegen.

Der Eingabeausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft wird sich nun mit dem Anliegen beschäftigen. Ziel der Petition ist eine faire und verlässliche Besoldung und Versorgung in Hamburg.

Eine Petition zur richtigen Zeit

In der kommenden Woche soll sich der Senat erstmalig mit dem Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes für die Jahre 2026 bis 2028 beschäftigen. Gegenstand des Gesetzesentwurfes sollen die Übertragung des aktuellen Tarifergebnisses für die Tarifbeschäftigten der Länder, der Tarifeinigung zur Hamburg-Zulage und die Herstellung einer amtsangemessenen Alimentation sein. Die Petition formuliert damit zur richtigen Zeit sowohl Anforderungen an den aktuellen Gesetzesentwurf als auch an die Besoldungspolitik des Hamburger Senates insgesamt.

Petition wird in das anstehende Beteiligungsverfahren eingebracht

Im Anschluss an die Senatsbefassung zum Entwurf eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes für die Jahre 2026 bis 2028 wird ab der kommenden Woche das beamtenrechtliche Beteiligungsverfahren stattfinden. Der DGB und seine Gewerkschaften werden den dann vorliegenden Gesetzesentwurf inhaltlich prüfen und die in der Petition erhobenen Forderungen in das beamtenrechtliche Beteiligungsverfahren einbringen.





FACHBEREICH SENIOREN

Aus dem Seniorenbereich – „es ist Sommerpause“!

Das erste Halbjahr ist fast herum, es war einiges los. Angefangen mit den Wahlen, dem Bundeskongress der Senioren, dem Hamburger Landesdelegiertentag und der Personalratswahl. Vieles davon war zeitintensiv, die Erwartungen an die zweite Jahreshälfte sind, zumindest aus heutiger Sicht, etwas entspannter.

Michael Rath

Es ist Sommerpause!

Wie in den letzten Jahren finden in der Sommerpause im Juli und August keine Mitgliedertreffen der Senioren und Seniorinnen

statt. Das bedeutet keineswegs, dass wir für Fragen, Probleme oder andere Anliegen nicht erreichbar wären. Zu erreichen sind wir über unsere Geschäftsstelle; per E-Mail bin ich direkt unter michael.rath@gdp.de erreichbar.

Termin vormerken

Nach der Sommerpause findet das nächste Mitgliedertreffen am

**Dienstag,
8. September 2026,
15 Uhr,**

in der Kantine des Polizeipräsidiums statt. In der jüngeren Vergangenheit hatten wir u. a. Vorstellungen des Landeskriminalamtes, der Schutzpolizei und der Wasserschutzpolizei. Am 8. September begrüßen wir den Kollegen Thomas Model, amtierender Leiter der Verkehrsdirektion. Jeder von uns kennt die zahlreichen Problemfelder im Verkehrsbereich, Themen gibt es genug.

Und danach: Finanzsenator Dressel angefragt

Für den Herbst planen wir u. a. noch einen Besuch des Finanzsenators zum Mitgliedertreffen. Dr. Dressel hat grundsätzlich zugestimmt, der Termin ist noch offen. Im Hinblick auf voraussichtlich zu erwartende Sparmaßnahmen gibt es da reichlich Gesprächsbedarf.

Die Kantine hat, wie üblich, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an euren Mitgliederausweis für die Einlasskontrolle. Wir freuen uns auf den kommenden Termin im September und hoffen auch von eurer Seite auf eine rege Teilnahme.

Abschließend wünschen wir euch alles Gute und uns allen einen schönen Sommer! ■



Foto: pressmaster

**DP – Deutsche Polizei**
Hamburg

Geschäftsstelle
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Otto-Wels-Straße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de